

**2. Tagung der
3. Hauptversammlung**
Sonntag, 19.11., 9 Uhr
Corvus-Haus,
Herzbergstraße 84



Kiezspinne im neuen Haus

Nach knapp 13 Monaten Bauzeit wurde der Neubau der „Kiezspinne“ in der Schulze-Boysen-Straße 38 feierlich eröffnet. Die Vorsitzende des Trägervereins, Maja-Helen Feustel, übergab den Besuchern die neuen Räume.

Mehrere Hundert Gäste kamen zu diesem Fest und tauchten ein in das bunte Treiben von Musik und Clownerie bis zum Kunst- und Kräutermarkt. Gut besucht war auch ein Café, in dem verschiedenste kulinarische Spezialitäten angeboten wurden.

Bereits seit 1993 knüpft der Verein Kiezspinne e.V. seine Netze zwischen Initiativen, Projekten, Trägern, öffentlichen Einrichtungen und engagierten Nachbarn, um durch Er-

höhung der Attraktivität des Wohnumfeldes, nicht zuletzt durch Beseitigung des Defizits an sozialen oder kulturellen Angeboten, der Anonymität einer Großsiedlung entgegenzuwirken. Annähernd 40 verschiedene Gruppen nutzen die „Kiezspinne“ als Ort alternativer Freizeitgestaltung.

Mit dem nach Entwürfen der Berliner Architekten Sedina Buddensieg und Gerd Ockert nun neu errichteten, in seiner ovalen und orangefarbenen Gestalt recht eigenwilligen Gebäude ist aus Mitteln der EU sowie mit Geldern aus dem Landeshaushalt ein Kleinod entstanden.

Steffen Wollmann

● Info: ☎ 5548 9635, www.kiezspinne.de

Soziale Gegenkraft

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

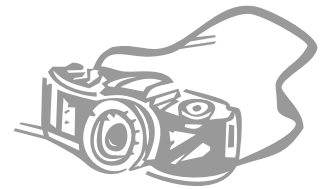
Schwarz-Gelb schien vor der Bundestagswahl unausweichlich. Gut, dass diese Voraussage der Wahlforscher falsch war.

Die Linkspartei.PDS wurde wegen ihrer Programmatik gewählt. Die Menschen überzeugte der Kampf gegen Hartz IV, für Mindestlohn, Mindestrente und soziale Grundsicherung. Das brachte Wahlalternative und Linkspartei zusammen. Darum ist der wichtigste Punkt des 100-Tage-Programms der Bundestagsfraktion: sofortige Verbesserungen bei Hartz IV. Den Betroffenen muss sofort geholfen werden, und zwar durch sofortige Anhebung des ALG II auf 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Wohnung). Besonders wichtig, insbesondere für Frauen und Kinder, ist die Aufhebung der Bedarfsgemeinschaft. Es muss endlich Schluss damit sein, dass Kindergeld auf ALG II und Sozialgeld angerechnet wird. Kindergeld ist für die Kinder da. Dass in unserem reichen Land über 1,7 Millionen Kinder in Armut leben, ist ein Skandal, der nicht länger hingenommen werden darf.

Um diese Forderungen durchzusetzen, werden wir immer wieder die anderen Parteien, insbesondere die SPD an ihre Versprechungen aus dem Wahlkampf erinnern. Wir brauchen aber auch eine starke Unterstützung aus der Gesellschaft. Nur dann werden die Mehrheitsfraktionen im Bundestag gezwungen sein, unsere Forderungen zu erfüllen. Mit 54 Abgeordneten sind wir zwar deutlich stärker als mit zwei, aber immer noch eine Minderheit. Eine starke soziale Gegenkraft können wir nur werden, wenn wir uns dauerhaft mit den sozialen Bewegungen in unserem Land verbinden. Dafür will ich mich einsetzen.

In dieser Ausgabe

- Besuch bei Marx (Seite 2)
- Bürgerhaushalt – schon über 250 Beiträge (Seite 4)
- Kiezforum gegen Rechts (Seite 5)
- Soziales Profil im Doppelhaushalt 2006/2007 (Seite 6)
- Linke am Koalitionstisch (Seite 7)



Besuch bei Marx

Erinnerungen an Karl Marx in London – das ist nicht nur der prächtige Lesesaal im Britischen Museum, wo auf einer Gedenktafel berühmte Leser genannt werden. Das ist auch das Monument auf dem Highgate-Friedhof, das von einem Verein gepflegt wird. Sonst ist dieser Friedhof nach unseren Begriffen verwahrlost, und das Marxsche Familiengrab ist nur mit Mühe auffindbar.

Vor allem ist es aber die Marx-Gedenkbibliothek – Marx Memorial Library – 37a Clerkenwell Green. Und diese ist ein sehr lebendiges Denkmal.

Das Haus diente immer schon sozialen Zwecken. 1738 als Schule für Arbeiterkinder erbaut, beherbergte es danach verschiedene Werkstätten und Vereine. Auch einen Arbeiterklub mit Kaffeestube, wo man Zeitung lesen und debattieren konnte. Hier traf sich die von Karl Marx gegründete International Workingmen's Association.

1892 mietete die von der Social Democratic Federation herausgegebene Twentieth Century Press das Haus. Der Redakteur Harry Quelch gab Lenin – in London von 1902 bis 1903 als Jacob Richter gemeldet – die Möglichkeit, hier die „Iskra“ zu redigieren.

1933 brannten in Nazideutschland die Bücher. In diesem Jahr beschloss ein Arbeitermeeting, Karl Marx zum 50. Todestag ein dauerndes Andenken zu stiften. Unter den gege-



Foto: Marx-Library

Die Marx-Gedenkbibliothek – eine Empfehlung für alle Londonbesucher

benen Umständen sollte es eine Bibliothek sein, die in dem Traditionshaus gegründet wurde.

Die Mitarbeiter der Bibliothek sehen bis auf den heutigen Tag ihre Aufgabe in Erziehung und Verbreitung von Wissen. Sie stellt Bücher, Periodika und Manuskripte zu allen Aspekten der marxistischen Wissenschaft sowie zur Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung bereit. Ihr Bestand umfasst gegenwärtig etwa 20 000 Bände. Das Haus steht unter Denkmalschutz, eine gemeinnützige Stiftung betreibt die anerkannte wissenschaftliche Bibliothek.

In diesen Räumen traf eine tuk-Reisegruppe mit Vertretern der britischen Arbeiterbewegung zusammen. Nach einer Führung durch das Haus – mit besonderem Augenmerk auf

das Leninzimmer – konnten wir mit dem jungen wissenschaftlichen Leiter der Bibliothek und mit einigen Gewerkschaftsführern sprechen. Auch der letzte Generalsekretär der Kommunistischen Partei war dabei. Leider gab es mangels eines Dolmetschers Verständigungsprobleme, deshalb möchte ich mich auf wenige Informationen beschränken.

Als erstes wurden die deutschen Gäste zum Wahlerfolg der Linkspartei ein paar Tage zuvor beglückwünscht. Das mache der Arbeiterbewegung im United Kingdom Mut. Und wir müssten zu unseren Wurzeln zurückkehren, zur Arbeiterklasse in den Gewerkschaften.

Die wirtschaftliche Lage wurde günstig beschrieben – die Arbeitslosigkeit liege unter 5 Prozent, ein großer Teil der Jugendlichen studiere mit einem staatlichen Stipendium. Das führten sie auf das starke Pfund zurück. Doch die neoliberale Politik und vor allem die Beteiligung am Krieg in Irak werden von 80 Prozent der Bevölkerung abgelehnt. „Get our boys home“ sei eine verbreitete Forderung. Trotzdem konnte sich Blair wieder durchsetzen. Für das Wochenende nach unserem Besuch war eine Großdemo auf dem Trafalgar Square geplant. Wie viele Menschen wirklich teilnahmen, konnten wir nicht mehr erfahren, und für die deutschen Medien war das kein Thema.

Jedem, der einmal nach London kommt, kann ich einen Besuch in diesem Haus empfehlen.

Inge Junginger



Foto: Rudi Benschel

Mit Herz gekämpft und dennoch verloren hat die Fußballmannschaft der „Jungen Linken“ gegen die Junge Union Lichtenberg den sportlichen Streit um den Wanderpokal der beiden Jugendorganisationen. „Junge Linke“ – das sind jugendliche Linkspartei- und 'solid-Mitglieder sowie Sympathisanten aus Lichtenberg. Dieses 2:4 kann nur eines heißen: Im nächsten Jahr kommt der Wanderpokal zu uns. Immerhin waren unsere Fans unschlagbar. Vielen Dank an Gesine Löttsch für Ihre freundliche Spende.

Daniel Tietze

Kurz & knapp

Durchgesetzt?

„Neues Deutschland“ titelte: „Bisky hat sich durchgesetzt“ (bei der Fraktionsabstimmung, wer Kandidat für den Vizepräsidenten des Bundestages wird). Ehrlicher wäre wohl gewesen: „Bisky wurde durchgesetzt“. Von wem wohl?

R. Berger

So sehen es die „Grünen“

Zur Debatte um Hartz-IV-Missbrauch: „Die gezielte Kampagne gegen Arbeitslose dient einzig und allein dazu, Kürzungen der großen Koalition im Arbeitslosengeld II vorzubereiten. ... In Wahrheit geht es gar nicht um das Aufdecken und Abstellen von Missbrauch, sondern darum, Stimmung gegen Arbeitslose zu machen und dadurch ein Klima zu schaffen, in dem sich Leistungskürzungen und Sparrunden bei den Arbeitslosen leichter durchsetzen lassen.“

Dr. Thea Dückert, MdB

Hauptversammlung einberufen

Der Bezirksvorstand hat die 2. Tagung der 3. Hauptversammlung des Bezirksverbandes der Linkspartei.PDS Lichtenberg einberufen: Am Sonnabend, dem **19. November 2005, ab 9 Uhr**, stehen im Festsaal der CORVUS GmbH in der Herzbergstraße 84 folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Zur politischen Situation. Nach der Bundestagswahl 2005 und vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zur Bezirksversordnetenversammlung Lichtenberg von Berlin 2006
- Diskussion
- Wahl der Delegierten zum 10. Landespartei-tag der Linkspartei.PDS Berlin und der Vertreter des Bezirksverbandes Lichtenberg im Landesrat der Linkspartei.PDS Berlin.

Entsprechend dem Delegiertenschlüssel kann unser Bezirksverband 26 Delegierte zum 10.

Landespartei-tag wählen. Der Bezirksvorstand bittet die Basisorganisationen um Vorschläge.

Der Bezirksvorstand hat auf der Grundlage zahlreicher Zuarbeiten von Mitgliedern des Bezirksvorstandes und des Direktwahlteams eine Wahlanalyse erstellt. Neben der Wertung der Ergebnisse auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene, Erfolgen und Erfahrungen in der Führung des Wahlkampfes insbesondere im Bezirk Lichtenberg zieht der BV u. a. folgende Schlussfolgerungen:

- Die Ergebnisse des Bundestagswahlkampfes sind nicht 1:1 auf den Wahlkampf im nächsten Jahr übertragbar.
- Positiv ist der Wiedereintritt von Genossen und Genossinnen, die kurz vorher die Partei verlassen hatten. Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Kontakte zu den mehr als 20 neuen Mitgliedern und den vielen Wahlhelfern ist ihre Einbeziehung in die Alltagsarbeit der Partei.
- Der Jugendwahlkampf sollte in Zukunft mit größerer Autonomie geführt werden können. Die Jugendlichen sollten künftig

mehr Verantwortung für die eigenen Themen übernehmen.

- Mit den Bezirksamtsmitgliedern sollten wir u. a. zu einer Vereinbarung kommen, dass in der Bezirksversordnetenversammlung (BVV) vertretene Parteien auf mit öffentlich Mitteln geförderten Festen und Veranstaltungen ihre politischen Angebote gleichberechtigt machen können.
- Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten ist die monatliche Präsenz unserer Partei mit Informationsständen an mindestens zwei Standorten im Bezirk fortzusetzen.
- Vor uns steht ein besonderer Wahlkampf: 2006 treten wir erstmals als Regierungspartei an.
- Die Anzahl der Abgeordnetenhaus-Wahlkreise reduziert sich in Lichtenberg von bisher sieben auf sechs. Das hat auch notwendige Veränderungen unserer organisatorischen Strukturen zur Folge. Und schließlich wurde das Wahlalter bei den Wahlen zu den BVV auf 16 Jahre herabgesetzt.

Wolfgang Schmidt

Vogel-Strauß-Politik

Dass die in der BRD herrschenden Kreise Probleme mit der Wirklichkeit haben, ist nichts Neues. Seit dem Antritt der Kohl-Regierung hat sich die soziale Lage der unteren Bevölkerungsschichten ständig verschlechtert. Unter Kanzler Schröder sind auch die Mittelschichten durch die vom „Genossen der Borse“ und seinen Nachbetern mit List und Tücke durchgedrückten Hartz-Gesetze bedroht.

Den Generalangriff auf den Sozialstaat bemänteln sowohl Schwarz-Gelb wie auch „Rot“-Grün mit der angeblichen Alternativlosigkeit ihrer Politik: Stichwort – Globalisierung. Dass sie dafür vom Wähler die Quittung erhielten, wollen sie nicht wahrhaben. Auch beim Geschacher um die sich anbahnende offizielle große Koalition – eine inoffizielle aus vier Parteien bestand seit langem – wird deutlich, dass die Wahlverlierer diese Vogel-Strauß-Politik fortzusetzen gedenken.

Nun enthält diese Politik noch eine spezielle Komponente. Auch dass das Erstarken der Linkspartei letztlich eine Reaktion auf die antisoziale Politik der Bundesregierung ist, wollen deren Mitglieder und Anhänger nicht einsehen. Zwar kann man mit einer 54 Mitglieder starken Fraktion nicht so umspringen wie es versucht wurde mit den beiden fraktionslosen Abgeordneten, die drei Jahre lang tapfer die PDS-Fahne hochhielten. Eine Abkehr von der Ausgrenzungspolitik ist jedoch nach wie vor

nicht zu erkennen. Auch bei den Turbulenzen, zu denen es am 18. Oktober bei der Vizepräsidentenwahl im Bundestag kam, und die noch immer nachwirken, dürfte dies eine Rolle gespielt haben.

Doch hat ein solch borniertes Verhalten auch sein Gutes. Es lässt Illusionen hinsichtlich einer angeblich demnächst möglich werdenden „rot-roten“ Zusammenarbeit nicht allzu sehr ins Kraut schießen. Und dass es insbesondere in der derzeitigen Führung der Berliner Linkspartei.PDS solche gibt, davon zeugen manche Veröffentlichungen in nicht gerade nach links neigenden Zeitungen.

So versieht das Springer-Blatt Berliner Morgenpost am 10. Oktober einen Artikel mit der Überschrift: „Berliner Linkspartei strebt Rot-Rot-Grün im Bund an“. Stefan Liebich wird mit den Worten zitiert: „SPD und Grüne müssen sich klar machen, ob sie das Tabu gegenüber der Linkspartei aufrecht erhalten wollen.“ Also nur an der Ablehnung der Linkspartei durch die erwünschten Koalitionspartner liegt es? Dass unsere Partei einen grundlegenden Politikwechsel, die Abkehr vom Neoliberalismus für ein später vielleicht denkbare Zusammengehen voraussetzt, interessiert den Fraktions- und Noch-Landesvorsitzenden wohl nicht?

Die zur Zeit zwischen Bundes- und Landesebene bestehende Diskrepanz auf diese Weise aufheben zu wollen ist der falsche Weg!

Ronald Löttsch

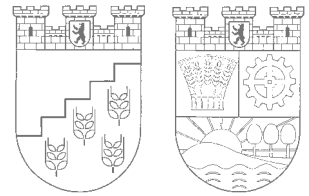
Meinung gefragt

„Mit der WASG habt ihr wohl nichts am Hut?“ fragte Torsten Peters die „info-links“-Redaktion und wünschte sich „auch authentische WASG-Beiträge“. „Doch, haben wir!“, ist unsere Antwort, aber unsere Anfragen fanden (diesmal noch) kein Echo. Deshalb folgender Auszug aus dem „WASG-Newsletter“ Nummer 21 vom 21.10.2005:

Neues von der WASG: In der Bundesvorstandssitzung vom 7. bis 9.10. in Bad Wildungen stimmte der Bundesvorstand folgendem Antrag zu:

„In Bezug auf die Abgeordnetenhauswahl in Berlin im Oktober 2006 unterstützt der Bundesvorstand der WASG die Herangehensweise der Berliner WASG, bis März 2006 die Grundlagen einer gemeinsamen Kandidatur gegen den Neoliberalismus mit der Linkspartei.PDS in offenen Diskussionsforen zu prüfen und dann auf einem weiteren Parteitag im März 2006 endgültig über die Form des Antritts zu beschließen ...“

In den Leitantrag für den Länderrat wurde übernommen: „Die Konflikte, die sich aus der Orientierung der Linkspartei.PDS auf Regierungsbeteiligung ergeben, müssen Thema des bundesweiten Parteibildungsprozesses sein.“ Auf seiner nächsten Sitzung wird sich der Bundesvorstand zusammen mit Vertretern des Landesvorstandes Berlin eingehender mit dem Thema „Berlin“ befassen.



Bürgerhaushalt – schon 250 Beiträge

Auftakt war am 24. September, seither wurden von knapp 250 Bürgern vor allem die Internetseite des Bezirks zum Bürgerhaushalt genutzt, um eigene Vorschläge einzureichen oder Ideen anderer zu kommentieren, zu ergänzen oder zu verändern. Einige tausend sind lesend dabei.

Alle Altersklassen sind am Diskurs beteiligt: Etwa 2 Prozent sind bis 19 Jahre alt, die „Zwanziger“ (20%), „Dreißiger“, „Vierziger“ (je 23%) und „Fünfziger“ (18%) sind annähernd gleichstark in der Debatte vertreten. Sechzig- (12%) bis Neunzigjährig sind insgesamt 14 Prozent der Teilnehmenden.

Aus mehreren hundert Beiträgen sind zur Halbzeit 24 Änderungsvorschläge eingegangen, die zur Zeit im Bezirksamt kalkuliert werden und dann in der zweiten Phase ab dem 3. November zur Abstimmung und Ergänzung gestellt werden. Dann ist die Internetseite wieder offen für Vorschläge, die man dann auch selbst durchrechnen kann.

Wer selbst keinen Internetanschluss hat, kann die Hilfe der Lichtenberger öffentlichen Bibliotheken in Anspruch nehmen. Sie stellen dafür ihre Rechner entgeltfrei zur Verfügung und helfen, sich zurechtzufinden. „info links“

meint, diese Idee sollten auch andere „vernetzte“ Institutionen im Bezirk nachnutzen.

Was bewegt nun Lichtenbergs Bürgerinnen und Bürger? Zum Bereich Bauen und Verkehr gab es bisher elf Beiträge, zu Umwelt und Natur neun. Dann folgen Jugend und Stadtplanung mit acht bzw. sechs Beiträgen sowie der Bereich Bibliotheken mit fünf. Seniorenprobleme wurden in zwei Beiträgen angesprochen. Für Sport, Gesundheit sowie Wirtschaftsberatung dagegen gab es nur jeweils eine Einsendung. Das wird sicher nicht so bleiben.

Ein Beitrag fragt zum Beispiel, ob tatsächlich ein Drittel des geplanten Bürgerhaushaltes schon durch die Pflege von Grünanlagen gebunden ist: „Das verwundert mich aber nun doch. Ist das bei allen Berliner Bezirken so, dass die quasi als Gärtner tätig sind? Wenn das so ist, dann können wir im Bürgerhaushalt ja gar nicht so viel ändern, denn wer will schon Geld bei Grünanlagen sparen.“

Inzwischen haben die Bürgerversammlungen in den Stadtteilen zur Sammlung von Vorschlägen begonnen, „info links“ wird in der Dezember-Ausgabe darüber berichten.

Vorläufiges Fazit: Die „demokratische Mitmach“ in Lichtenberg ist in Gang gekommen. Sie zeigt vielerlei Gestalt (siehe auch nebenstehenden Beitrag „Weniger Lärm“) und trägt hoffentlich reiche Früchte. *Martin Walter*

Gemeinsame Erklärung zum Bürgerhaushalt Lichtenberg

unterzeichnet vom Vorsteher der BVV, von den Fraktionsvorsitzenden und dem Sprecher der FDP:

Die Bezirksverordneten des Bezirks Lichtenberg verpflichten sich:

Wir werden die Vorschläge und Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplan 2007 berücksichtigen.

Jede Entscheidung zum Bürgerhaushalt werden wir im Einzelnen begründen. Zu jedem abgelehnten Vorschlag werden wir öffentlich Rede und Antwort stehen.

Berlin, 24. September 2005

Weniger Lärm

Lärm macht krank – wer wüsste das nicht! Eine EU-Richtlinie will deshalb Umgebungslärm bewerten und bekämpfen. Seit Ende Juni verpflichtet nun ein entsprechendes Gesetz die Behörden, Lärmquellen zu ermitteln, zu kartieren und Maßnahmen zur Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen zu ergreifen.

Lichtenberg möchte dafür einen eigenen Lärmaktionsplan auf die Beine stellen. Dabei können Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, mitwirken. Erste Bürgerforen waren gut besucht, weitere Veranstaltungen finden statt:

- **Dienstag, 8.11., 19 Uhr**
Fritz-Reuter-Schule, Prendener Straße 29 (Einzugsbereich Falkenberger Chaussee, Hagenower Ring)
- **Donnerstag, 10.11., 18 Uhr**
Kantgymnasium, Lückstraße 60 (Einzugsbereich Rummelsburg, Lückstraße)
- **Dienstag, 15.11., 18 Uhr**
Kulturhaus Karlshorst (Einzugsbereich Treskowallee, Ehrlichstraße)
- **Donnerstag, 17.11., 18 Uhr**
Kieztreff „Frederike“, Volkradstraße 8 (Einzugsbereich Alt-Friedrichsfelde, Am Tierpark, Weitlingstraße)
- **Dienstag, 22.11., 17 Uhr**
Sporthalle Am Fennpfuhl (Einzugsbereich Landsberger Allee, Weißenseer Weg, Storkower Straße)
- **Donnerstag, 24.11., 18 Uhr**
Seniorenwohnpark Möllendorffstraße 102 (Einzugsbereich Frankfurter Allee, Möllendorffstraße)
- **Dienstag, 29.11., 17.30 Uhr**
„Kiezspinne“, Schulze-Boysen-Straße 38 (Einzugsbereich Frankfurter Allee Süd, Victoriastadt) *M. W.*

BWV-Notizen

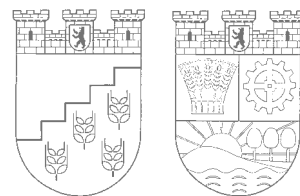
● Der Ton in der BVV wird rüder. Gleiches wird aus dem Nachbarbezirk gemeldet. Das macht die Beratungen nicht produktiver und wirft Fragen nach den dahinter stehenden Absichten auf. CDU, SPD und FDP üben sich im Schulterchluss gegen die Linkspartei.PDS. Der wird am Ende nichts übrig bleiben, als vehement ihre absolute Mehrheit zu verteidigen.

● Zwei nahezu identische Anträge der CDU und der Linkspartei.PDS forderten, Lichtenberg möge im Rat der Bürgermeister das vom Senat vorgelegte Straßenausbaubeitragsgesetz ablehnen (was auch so geschah). Die Linke.PDS, deren Antrag angenommen wurde, hatte sechs Bedingungen formuliert, denen ein solches Gesetz genügen müsse. Diese reichen vom Verbot der rückwirkenden Anwendung über die Anliegerbeteiligung schon bei der Planung sowie die Beschlussfassung durch die Bezirksverordnetenversammlung bis zur Aufnahme einer sozialen Härtefall-Klausel.

● 75 junge Menschen aus dem Bezirk können ein zwei- bis dreieinhalbjährige Ausbildung in insgesamt zehn Berufen beginnen. Dies ermöglicht ein zwischen dem Jugendamt Lichtenberg und dem JobCenter entwickeltes Projekt, das insgesamt sieben Berufshilfeträger einbezieht.

● Mit der Einführung eines digitalen Antragsverfahrens soll sich in Lichtenberg die Bearbeitungsdauer bei Ausweisen um einen Tag auf 8,7 Tage und bei Pässen um etwa drei Tage auf 14,1 Tage verringern.

● Zum diesjährigen Freiwilligentag am 10. Oktober wurden zehn Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes mit der Bürgermedaille geehrt. Stellvertretend genannt seien hier Frau Edith Schurzig, Hauptkassiererin des Bezirksverbandes Lichtenberg der Volkssolidarität und langjähriges Mitglied im Förderverein des Tierparks, Frau Dr. Kirsten Falk, ehrenamtlich Zahnärztin für Obdachlose bei der MUTg Gesellschaft für Gesundheit in der Weitlingstraße, sowie Herr Dr. Eckbert Krappe, der sich im Berliner Mieterverein und im Mieterbeirat Frankfurter Allee Süd engagiert. „info links“ gratuliert allen Ausgezeichneten. *M. Walter*



Zivilgesellschaft stärken

Zum zweiten Kiezforum gegen Rechtsextremismus am 24. Oktober kamen erfreulicherweise etwa 70 Bürgerinnen und Bürger in die „Undine“. Mitgestalter des Kiezforums waren Bezirksbürgermeistern Christina Emmrich, Vertreter des Lichtenberger Netzwerkes für Demokratie und Toleranz, Initiative „Eltern gegen Rechts“ und das „Aktionsbündnis gegen Rechts“.

Die Wahlkampfplakate, aber auch CDs, die vor Schulen verteilt wurden, haben gezeigt, dass sich in einigen Kiezen unseres Bezirkes die Rechten im öffentlichen Leben breit machen wollen.

Die Diskussionen zeigten deutlich: Rechts-extremistische und fremdenfeindliche Haltungen lassen sich nicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen reduzieren. Sie sind ein Problem der politischen Kultur und kein abweichendes Verhalten in einer bestimmten Lebensphase – beispielsweise bei Jugendlichen. Dennoch sind junge Leute als „Zielgruppe“ der Rechtsextremen besonders gefährdet. Es ist wichtig, davor nicht die Augen zu verschließen, sondern gemeinsam zivilgesellschaftlichen Widerstand zu leisten.

Die Forumbesucher begrüßten die Initiative, unter dem Dach des Soziokulturellen Zentrums „Undine“ regelmäßig Gespräche zu



Foto: privat

führen über Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, über Musik und Kleidung sowie über Angebote an Eltern, deren Kinder rechtsextrem orientiert sind.

Einig war man sich auch: Wir brauchen in den Kiezen ein gesellschaftliches Klima, in dem Menschen mit demokratiefeindlichen Bestrebungen oder rechtsradikalen Vorstellungen keinen Raum erhalten, in dem der Respekt vor den Anderen und die Bereitschaft

Steffi Schulze und Bürgermeisterin Christina Emmrich (2. und 3. v. l.) beim Kiezforum

gezielt gestärkt werden, sich Fremdenfeindlichkeit entgegenzustellen. Dazu bedarf es auch der Zivilcourage.

Als Politikerin will ich mich besonders für die Stärkung der Zivilgesellschaft einsetzen. Kiezforen halte ich dabei für einen richtigen Weg.
Steffi Schulze, MdB

Ehrung für Prof. Dathe

Vor 50 Jahren, am 2. Juli, öffnete der damals mit 160 Hektar flächengrößte Tierpark der Welt seine Pforten in Berlin-Friedrichsfelde. Heute ist er immer noch der größte Europas.

Der Tierpark ist das Lebenswerk Prof. Dr. Heinrich Dathes, der 1954 mit seinem Aufbau betraut worden war. Am 7. November wäre Heinrich Dathe 95 Jahre alt geworden. Populär wurde der Zoologe vor allem durch die Radiosendung „Im Tierpark belauscht“, die er zusammen mit der Reporterin Karin Rohn an 1774 Sonntagen für den Berliner Rundfunk gestaltete sowie mit der Fernsehsendung „Zoo Teletreff“ mit Moderatorin Annemarie Brohagen.

Heinrich Dathe leitete den Tierpark seit seiner Gründung von 1955 bis 1990. Mit breiter Unterstützung der Bevölkerung entstand in dieser Zeit eine eindrucksvolle Bildungs- und Erholungsstätte. Der Tierpark genießt durch seine Forschung und durch gute Zuchterfolge auch hohes internationales Ansehen.

Seit kurzem erinnert eine Ehrentafel am Tierpark-Eingang Bärenschau fenster an den langjährigen Wahl-Lichtenberger. An seinem Geburtstag wird der Platz und eine Promenade gegenüber dem Tierpark nach Heinrich Dathe benannt. Seine Grabstätte unweit des Tierparks auf dem Friedhof in der Robert-Siewert-Straße wird zum Ehrengrab.

Unvergessen bleiben die Querelen, denen der verdienstvolle Tiergärtner am Ende seines Lebens ausgesetzt war. Kurz nach seinem achtzigsten Geburtstag wurde Heinrich Dathe zwangspensioniert, weil der Einigungsvertrag eine Übernahme von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes über 60 Jahre nicht zuließ.

Die damalige Ostberliner Kulturstadträtin Irana Rusta kündigte ihm seine Dienstwohnung im Tierpark, die er durch den Verlust seines Arbeitsplatzes nun auch räumen sollte. Nach diesen zermürbenden Monaten verließen den 80-jährigen die Kräfte, er starb am 6. Januar 1991. An der Trauerfeier nahmen viele tausend Menschen teil, nicht nur Berliner Bürger.
M. W.



Foto: privat

Der langjährige Bezirksverordnete Walter Fauck (Linkspartei.PDS) beging dieser Tage ein leider immer seltener werdendes Jubiläum: Er ist seit 50 Jahren Gewerkschaftsmitglied. Peter Cernohorsky, Rechtssekretär der IG BCE überbrachte die Glückwünsche des Bundesvorstandes. Gegenüber „info links“ erklärte der Jubilar: „In unserer Zeit des globalen Turbo-Kapitalismus ist es wichtig, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Nur so können Arbeitnehmer erfolgreich um ihre Interessen kämpfen.“
-kl-

Soziales Profil im Doppelhaushalt

Von Steffi Schulze

Zur Zeit wird im Abgeordnetenhaus um den Doppelhaushalt 2006/2007 gerungen. Der gestaltungspolitische Schwerpunkt der Linkspartei.PDS liegt dabei eindeutig auf einer ausgewogenen Sozial- und Gesundheitspolitik. Dafür spricht die dramatische Lage auf diesem Gebiet:

- Die Arbeitslosigkeit liegt bei 19,4 Prozent.
- Allein 134 000 Kinder und Jugendliche – das ist jeder Vierte unter 18 Jahre – leben in Armut.
- 96 000 Jugendliche erhalten Sozialhilfe.
- Mit Hartz IV ist die Zahl der unter 15-jährigen, die über ALG II Unterstützung erhalten, auf 121 000 angestiegen.
- Sozial besonders belastete Stadtteile haben eine niedrigere Lebenserwartung. Sie ist z. B. in Kreuzberg bei Männern um 3 Jahre und bei Frauen um 2 Jahre niedriger als der Berliner Durchschnitt.

Weil das vor allem Folgen einer verfehlten Bundespolitik sind, muss der Bund hier auch mehr als bisher in die Verantwortung genommen werden.

Haushaltspolitische Herausforderung

Aber der Berliner Haushalt muss diese Entwicklungen berücksichtigen. Er muss zum einen für einen effizienten Einsatz der Finanzmittel und zum anderen langfristig für Planungssicherheit von Projekten und Initiativen sorgen. Dazu gehört auch die kritische Betrachtung der vorhandenen Strukturen und Projekte. Mit dem vorliegenden Haushalt wurde den Erfordernissen einer gesamtstädtischen Planung im Gesundheits- und Sozialbereich Rechnung getragen und auf gesundheitliche und sozial bedingte Ungleichheiten und Benachteiligungen reagiert.

Linke Handschrift

- Die neuen Liga-Verträge „Soziales“ und „Gesundheit“ (Laufzeit 5 Jahre) geben Projekten der Jugend-, Alten-, Behinderten- und Wohnungslosenhilfe, der Schuldnerberatung, der Migrantensozialarbeit sowie der Selbst- und ehrenamtlichen Hilfe Planungssicherheit. Das trifft ebenso auf Projekte für chronisch Erkrankte, der Aids- und Drogenhilfe und der Suchtprävention sowie auf die Förderung von Projekten gegen Rechts zu.



Foto: Bertholt-Brecht-Gymnasium, München

Regelmäßig führen Abgeordnete Gespräche mit Besuchern durch. Hier Peter-Rudolf Zotl (2. v. l.) in der Diskussion mit einer Besuchergruppe aus dem Bertholt-Brecht-Gymnasium aus München, einem sozialwissenschaftlich ausgerichteten Projekt für Mädchen.

- Neu strukturiert wird der öffentliche Gesundheitsdienst, dessen Angebote besonders für die Menschen zur Verfügung stehen müssen, die sozial und gesundheitlich besonders benachteiligt sind.
- Die sehr hohen Ausgaben in der Jugendhilfe haben nicht zu hohen Ergebnissen geführt. Wir haben überzogene Konsolidierungsabsichten verhindert, die Rechtsansprüche durchgehend gesichert, aber alle Träger verpflichtet, die Mittel ziel- und wirkungsgenau zu planen und einzusetzen.
- Gefördert werden viele Projekte zur Integration und Migration, um das Integrationskonzept von Rot-Rot umzusetzen.
- 1,4 Mio. Euro Investitionsmittel werden zur Verbesserung der stationären Pflegesituation zur Verfügung gestellt.

Sozialticket weiter

BVG und S-Bahn haben die für das Jahr 2005 geltende Vereinbarung mit dem Senat über das Sozialticket gekündigt, das heißt, es muss neu verhandelt werden. Für die Linkspartei.PDS ist es unabdingbar, das Sozialticket zu den gleichen Konditionen, das heißt zum halben Preis der Umweltkarte, für die Nutzer zu erhalten. Das sind Empfänger von ALG II, Empfänger von Sozialhilfe, Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften. Sozialeisenatorin Heidi Knake-Werner und Wirtschafts-senator Wolf (beide Linkspartei.PDS) haben für diese Verhandlungen alle Unterstützung.

Die Lichtenberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses

- **Karin Hopfmann:** ☎ 2325 2596 (im Abgeordnetenhaus – AGH); Sprechstunde am 21.11., 16 Uhr, Bürgerinitiative, Liebenwalder Straße 18
- **Dr. Steffi Schulze:** ☎ 2325 2580 (AGH); Sprechstunden am 21.11., 15 Uhr, AGH, sowie am 28.11., 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Ingeborg Simon:** ☎ 2325 2587 (AGH) und 784 8783 (privat); Sprechstunde am 23.11., 17 Uhr, Wahlkreisbüro Löttsch, Ahrenshooper Straße 5
- **Giyas Sayan:** ☎ 2325 2597 (AGH); Sprechstunden am 7.11., 15 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, AGH
- **Dr. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 2325 2553 (AGH) oder 0151-1560 2356 (Mobil); Sprechstunden am 14.11., 17 Uhr, AGH, sowie am 30.11., 17 Uhr, Wahlkreisbüro Löttsch

Selbstverständlich bieten wir zusätzlich auch Termine nach Vereinbarung an. Gern kommen wir zu aktuellen Fragen in Bürger- und Basisveranstaltungen.

Ladet uns ein!

Linke am Koalitionstisch

Von Gesine Löttsch, MdB

Die Wahl zum Bundestag liegt nun bereits mehr als einen Monat zurück. Was ist seitdem geschehen? Unsere Fraktion hat sich konstituiert, einen Vorstand gewählt, Arbeitskreise gebildet, Ich wurde zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Leiterin des Arbeitskreises „Haushalt, Kommunal- und Regionalpolitik“ gewählt.

Die neuen Abgeordneten suchen nach Büros und Mitarbeitern, manche auch nach einer Wohnung. Soll das etwa alles sein? Nein, aber diese notwendige Phase der Konsolidierung ist sehr aufwändig und kostet viel Zeit.

Zuerst die Posten

Ich möchte näher auf die Situation eingehen, in der wir uns gerade befinden. SPD und CDU haben nach langem Hickhack, viel Kraftmeierei durch Gerd Schröder und nach dramatisierten Sondierungsgesprächen mit Koalitionsverhandlungen begonnen. Damit auch wirklich alle Beteiligten an dem Erfolg dieser Verhandlungen interessiert sind, wurden schon zu Beginn der Koalitionsgespräche die Ministerposten an SPD, CDU und CSU verteilt. Das ist ein äußerst unübliches Verfahren, soll aber wohl alle zur Disziplin zwingen.

Unser Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi meinte ironisch, dass sich CDU und SPD inhaltlich inzwischen wohl schon ganz stark angenähert hätten. So könnten sie sich anscheinend sicher sein, Einigkeit zu erzielen. Ganz in der verhängnisvollen Tradition jüngster Vergangenheit, denn auch Hartz IV war ja de facto – wie so manches andere – schon Ergebnis einer großen Koalition. Das lässt Böses ahnen ...

Verwaltung verwaltet weiter

Was passiert eigentlich in der Zwischenzeit? Wie soll das ohne Regierung weitergehen? Hier handelt es sich um ein großes Missverständnis. Die Regierung Schröder hat zwar ihre Entlassungsurkunden erhalten, wurde aber gleichzeitig gebeten, die Geschäfte weiterzuführen. Auch die Ministerien arbeiten weiter. Täglich werden Entscheidungen von großer Tragweite getroffen.

Nur eine Gruppe ist in ihren Handlungsmöglichkeiten mehr als eingeschränkt, nämlich die neu gewählten Abgeordneten selbst. Es gibt bisher lediglich ein Präsidium ohne Vizepräsidenten der Linkspartei, einen Vorältestenrat, aber ansonsten keinerlei parlamentarische Gremien. Es sind noch keine Ausschüsse gebildet. Also können wir Abgeordnete auch keine Verantwortlichen herbeizitierten und sie befragen. Wir können keine Anträge besprechen und unser wichtigstes Recht – als Gesetzgeber zu wirken – nicht ausüben.

Ich bin zu erreichen:

Dr. Gesine Löttsch, MdB:

☎ 2277 1787 (Bundestagsbüro)

☎ 9927 0725 (Wahlkreisbüro)

Sprechstunde am 15.11.2005, 17 Uhr,
Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße 5

Sehr gern diskutiere ich in Einwohner- und Basisberatungen über aktuelle politische Fragen, über meine Arbeit, über Lichtenberg sowie über unsere Parteientwicklung. **Ladet mich ein!**

Clements „Parasiten“

Wie schamlos diese Zeit der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten des Parlaments ausgenutzt wurde, bewies insbesondere Bundesminister Clement. Er gab eine Broschüre zum angeblichen Missbrauch von Hartz IV heraus und ließ ALG-II-Empfänger als Parasiten beschimpfen. Dass mit den Hartz-Gesetzen zwar viele Menschen erheblich ärmer wurden, aber keine Arbeitsplätze geschaffen wurden, bleibt in dieser Broschüre wie selbstverständlich unerwähnt. Ebenso, dass die von Clemens als Parasiten Beschimpften nur das nutzen, was ihnen das Hartz-IV-Gesetz gerade noch lässt.

Mit am Koalitionstisch

Jetzt, in der Phase der Bildung der Koalition zwischen CDU und SPD, versuchen wir vor allem dafür zu sorgen, dass wir unsichtbar mit am Verhandlungstisch sitzen. Natürlich nicht, um Mitglied der Regierung zu werden, sondern um vor allem die SPD daran zu erinnern, welche sozialen Forderungen sie im Wahlkampf aufgestellt hat. Wenn Roland Koch von der CDU ankündigt, dass alle im Land wegen der Haushalts heulen und mit den Zähnen klappern werden, so halten wir mit unseren Vorstellungen zur Finanzlage dagegen.

Die rot-grüne Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren die Einnahmequellen des Bundes zerstört: Spitzensteuersätze wurden gesenkt, die Körperschaftssteuer ausgehöhlt, nichts gegen Mehrwertsteuerbetrug unternommen. Darum fordern wir, dass mit der Einführung einer Vermögenssteuer, mit der Anhebung von Spitzensteuersätzen und dem Stopfen von Steuerschlupflöchern endlich Schritte unternommen werden, um den Bundeshaushalt auf eine solidere Grundlage zu stellen. Umsteuern ist angesagt!

Gesine Löttsch gratuliert Kapitän Esche von der „Beluga 2“ zum 25. Geburtstag von Greenpeace





Buch-Tipp



So viele Träume ...

hat der Mensch in seinem Leben. Nicht alle gehen in Erfüllung. Aber ohne sie ist kein Leben. Lothar Bisky erzählt in seiner Biografie von hochfliegenden Träumen und harter Wirklichkeit.

Geboren 1941, wächst das Flüchtlingskind aus Hinterpommern in Schleswig-Holstein auf, erlebt Ausgrenzung und Hochmut. Vom Staat im Osten erhofft er sich Chancengleichheit. In Leipzig studiert er Ende der fünfziger Jahre Kulturwissenschaften, promoviert. Er widmet sich der Jugendforschung und kommt 1980 als Professor an die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. 1986 wird

er Rektor an der Babelsberger Filmhochschule. Bisky gewährt seinen Studenten ungewohnte Freiräume, kämpft mit ihnen um die Aufführung ihrer unbequemen, ehrlichen Filme über DDR-Realität. Träume, Erfolge, Niederlagen.

Und dann die „Wende“. Aus nächster Nähe erlebt und gestaltet Lothar Bisky diese Zeit mit, wird als Vorsitzender des Stolpe-Untersuchungsausschusses und 1993 als Parteichef der PDS in ganz Deutschland bekannt. Konsequenter befreit er unsere Partei vom stalinistischen Erbe, kämpft für die Anerkennung gelebter DDR-Biografien, gegen Unrecht und Kälte in der uns überkommenen Gesellschaft. 2000 verabschiedet er sich aus der Bundespolitik, schreibt sein Buch. Jetzt ist er wieder mittendrin im Kampf um eine gerechte Gesellschaft. Sein Traum, unser Traum vom demokratischen Sozialismus bleibt und gewinnt täglich neue Aktualität.

Inge Uesseler

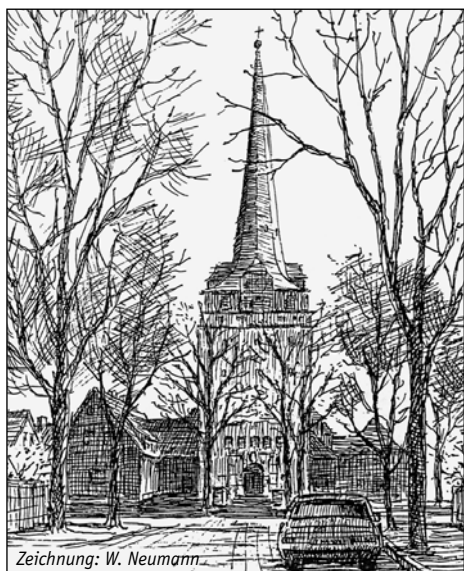
- **Lothar Bisky: „So viele Träume“**, Rowohlt Verlag Berlin 2005, 295 Seiten, 19,90 €, ISBN 3-87134-474-5

Veranstaltungen

- **Sonntag, 6.11., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch zum Thema: „Alternative Steuerkonzepte“, mit den Professoren Eugen Faude, Hans-Joachim Braun und Harry Nick
- **Dienstag, 8.11., 18.30 Uhr**
„Neuregelung der Rentenbesteuerung ab 2005“, mit Irene Fischer, GBM, Georg-Forster-Gymnasium, Dolgenseestraße 60
- **Dienstag, 8.11., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Freitag, 11.11., 18 Uhr**
„Es blies ein Jäger wohl ...“, Faschingsbeginn mit Musik, dazu Berliner und Wiener Spezialitäten sowie Wildbret; Zimmertheater Karlshorst, Treskowalle 112, Kartentelefon: 553 46 16, Eintritt: 10 €, Essenbon: 5 €
- **Sonnabend, 12.11., 11 Uhr**
Informationsstand der Linkspartei.PDS; Ring-Center II, Möllendorffstraße
- **Sonnabend, 12.11., 19 Uhr, und Sonntag, 13.11., 16 Uhr**
„Donau so blau – Panke so grau“, Wiener und Berliner Kolorit; Zimmertheater Karlshorst, Eintritt: 10 €, Essenbon: 5 €
- **Sonntag, 13.11., 10 Uhr***
Mitgliederversammlung Karlshorst, „Zum Stand der Gespräche zwischen Linkspartei.PDS und WASG in Berlin“, mit Klaus Lederer
- **Montag, 14.11., 19 Uhr**
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Mittwoch, 16.11., 17 Uhr**
Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (ab 16.30 Uhr Bürgerfragestunde); Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Sonnabend, 19.11., 9 Uhr**
2. Tagung der 3. Hauptversammlung der Linkspartei.PDS Lichtenberg; Corvus-Haus, Herzbergstraße 84
- **Dienstag, 22.11., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Montag, 28.11., 19 Uhr**
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **bis 30.11., täglich von 9–18 Uhr**
Ausstellung zu afrikanischen Kinder-soldaten; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonnabend/Sonntag, 3./4.12., 10 Uhr**
1. Tagung des 10. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Berlin; EnergieForum, Stralauer Platz 34

Veranstaltungsorte:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5



Mitstreiter gesucht

Das Alter unserer Redaktionsmitglieder verschweigen wir – aus Höflichkeit. Nur so viel sei gesagt: Wir brauchen Nachwuchs! Journalisten, Fotografen – alle, die gern „Zeitung machen“, sind herzlich willkommen.

Die Redaktion freut sich aber auch über einzelne Beiträge aus Kiezen und Vereinen, aus Basisgruppen und Initiativen. Schicken Sie uns „Meckerbriefe“, informieren Sie uns über Aktionen und Vorhaben, diskutieren Sie mit uns die Politik der Linkspartei.PDS. Unsere Zeitung lebt von der Vielfalt – und vom Mitmachen vieler.

Ihre „info-links“-Redaktion (Inge Junginger, Prof. Dr. Ronald Löttsch, Manfred Niklas, Joachim Pampel, Jörg Rückmann, Wolfgang Schmidt, Inge Uesseler, Steffen Wollmann)

info links

Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS – Bezirksverband Lichtenberg, Redaktionskollektiv, V i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.dielinke.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 27.10.2005

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 10/2005:

16.11. und 30.11.2005, jeweils 16 Uhr

Redaktionsschluss für Ausgabe 10/05: 29.11.2005

Die nächste Ausgabe erscheint am 8.12.2005.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.